

Gesetz zum Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Inkrafttreten: 01.01.2009

Fundstelle: Brem.GBl. 2008, 417

Gliederungsnummer: 225-c-4h

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Dem am 12. Juni 2008 von der Freien Hansestadt Bremen unterzeichneten Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem [Artikel 3 Abs. 2](#) in Kraft tritt, ist im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu geben.

Bremen, den 16. Dezember 2008

Der Senat

Anlage

Elfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge
(Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)*

Das Land Baden-Württemberg,

der Freistaat Bayern,

das Land Berlin,

das Land Brandenburg,

die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Fußnoten

*
_ [Entsprechend der Bekanntmachung vom 5. Januar 2009 (Brem.GBl. S. 38) tritt der Staatsvertrag nach seinem [Artikel 3 Abs. 22](#) am 01.01.2009 in Kraft.]

Artikel 1 Änderung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages

[Änderungsanweisungen zum Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag vom 31. August 1991, zuletzt geändert durch den Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 31. Juli bis 10. Oktober 2006.]

Artikel 2 Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages

[Änderungsanweisung zu [§ 18 Abs. 1 Satz 2 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages](#) vom 10. bis 27. September 2002, zuletzt geändert durch den Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 19. Dezember 2007.]

Artikel 3 **Kündigung, In-Kraft-Treten, Neubekanntmachung**

- (1) Für die Kündigung der in [Artikel 1](#) und [2](#) geänderten Staatsverträge sind die dort vorgesehenen Kündigungsvorschriften maßgebend.
- (2) Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Januar 2009 in Kraft. Sind bis zum 31. Dezember 2008 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.
- (3) Die Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.
- (4) Die Länder werden ermächtigt, den Wortlaut des [Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages](#) und des [Jugendmedienschutz-Staatsvertrages](#) in der Fassung, die sich aus den [Artikeln 1](#) und [2](#) ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.